Diskussion nicht das Ringen der Gewerkschaften um sozialpolitische Fragen zu übersehen.

Auch unter erschwerten Verhältnissen

Bei erheblicher Unruhe unter den 440 Delegierten im großen Sendesaal des Senders Freies Berlin, die ihren Unmut mit Gemurmel und Zischen ausdrückten, wies Lübke darauf hin, daß die zur Zeit besprochene Vorsorgeregelung nicht dem Zweck diene, die demokratische und bundesstaatliche Ordnung aufzuheben. Sie solle vielmehr ihren Fortbestand auch unter erschwerten Verhältnissen sichern.

Lübke fügte hinzu, sollte es nicht zu einer vom Bundestag beschlossenen Notstandsgesetzgebung kommen, würden die Botschafter der drei Mächte im Ernstfall

Neugierig **stand Prinz Philip auf, als Königin Fabiola von Belgien ihn auf etwas anscheinend Interessantes am Weg hinwies. Das britische Herrscherpaar weilt seit gestern in Brüssel zu einem Staatsbesuch. Unser AP-Photofax-Bild entstand während der Fahrt vom offiziellen Empfang im Rathaus zur Sommerresidenz des belgischen Königspaares.**

abend übereingekommen, daß den drei Fraktionen des Bundestages bis zum Montag nächster Woche ein gemeinsam formulierter Gesetzentwurf über das „freie Geleit" zur Entscheidung vorgelegt wird.

Die Rechtsexperten der Fraktionen wurden beauftragt, mit Bundesjustizminister Jäger über eine gemeinsame rechtliche Lösung zu sprechen.

Als Arbeitsgrundlage für die Diskussionen im Kanzleramt, die um 17 Uhr begannen, dienten der Gesetzesentwurf der SPD sowie der von dem CDU-Rechtsexperten Benda ausgearbeitete Kompromißvorschlag.

Bundesregierung und Parteien unterstrichen bei ihrem Gespräch erneut die gemeinsame Auffassung in der Deutschtern. Vor den Erörterungen mit den Parteien hatte Bundeskanzler Erhard mit Justizminister Jaeger Vorbesprechungen über das Problem des freien Geleits für Zonen-Funktionäre und mit Außenminister Schröder über die Deutschland-Politik geführt.

Von seiten der Bundesregierung nahmen an der Aussprache neben dem Kanzler die Minister Schröder, Mende, Krone, Gradl, Westrick und Jaeger teil. Die drei Fraktionen hatten je vier Vertreter zu dem Gespräch entsandt. Es waren dies für die CDU/CSU Barzel, von Eckardt, Wagner und Benda, für die SPD Brandt, Erler, Wehner, Jahn und für die Freien Demokraten von Kühlmann-Stumm, Mischnick, Genscher und Busse.

Anzeige wegen Verfassungsverrats

Humanistische Union klagt gegen „Schubladengesetze" für Notstandsfall

Von unserem Korrespondenten in München

München (K. St.) Strafanzeige wegen Verfassungsverrats hat die Humanistische Union (München) beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe erstattet. Die Anzeige richtet sich zwar „gegen Unbekannt", ist aber offensichtlich gegen die Bundesregierung gezielt. Sie stützt sich auf Verlautbarungen aus dem Bundesinnenministerium, nach denen neben den offen zur Diskussion stehenden Notstandsgesetzen geheime Gesetzentwürfe vorbereitet seien.

Diese sollen, wie die „Frankfurter Rundschau" am 4. Mai einen Sprecher des Ministeriums zitierte, im Falle eines äußeren Notstands entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder auf Grund alliierter Vollmachten von deutschen Stellen angewandt werden.

Bundesinnenminister Lücke selbst soll Pressevertretern gegenüber von den „Schubladengesetzen" gesagt haben: „Sofern der Bundestag die von der Regierung gewünschte Notstandsverfassung ablehne, werde im Notstandsfall „planmäßig" nach diesen geheimen Vorschriften gehandelt werden.

Der Humanistischen Union liegen außerdem Informationen vor, die zu dem Verdacht Anlaß geben, es bestehe eine Übereinkunft zwischen Bundesbehörden und den ehemaligen Besatzungsmächten, nach denen der Bundesregierung in bestimmten Fällen durch das Parlament nicht erreichbare Sondervollmachten zugespielt werden könnten.

Barth für Anerkennung der Grenzen von 1945

Hamburg (dpa). „Auf der Grundlage der seit 1945 gezogenen Grenze" sollte sich die Evangelische Kirche in Deutschland nach Auffassung des in Basel lebenden Theologie-Wissenschaftlers, Professor Karl Barth, für eine Verständigung mit allen östlichen Staaten, „auch mit der Tschechoslowakei, mit der DDR und mit Polen", einsetzen. In einem Rundfunk-Interview mit Professor Barth, der heute 80 Jahre alt wird, sagte der Theologe gestern abend, „ich weiß, daß das ein furchtbar ketzerisches Wort ist, das man mir nicht verzeihen wird. Aber ich denke so und will es auch ganz offen sagen."

Fernsehlotterie für Olympische Spiele 1972 vorgeschlagen

Göttingen (AP). Der Vorsitzende des Programm-Beirates für das Deutsche Fernsehen und Mitglied des niedersächsischen Landtages, Heinz Müller aus Göttingen, hat der ARD am Montag vorgeschlagen, in den Jahren 1968 bis 1971 eine Fernsehlotterie unter dem Titel „München — Olympia 1972" durchzuführen, da die Finanzierung der Olympischen Spiele nicht allein dem

„Ein Kind muß zumindest gleiches Lebensrecht haben wie ein Auto"

Zu wenig Tummelplätze – 1400 sterben jährlich beim Spielen

München (AP). Beim Spielen auf der Straße, auf dem Weg zu Kinderspielplätzen und in den Höfen der Häuser sterben jährlich etwa 1400 Kinder. Diese erschreckende Feststellung hat der Münchner Diplom-Psychologe Graßl jetzt gemacht.

Der Grund für die hohe Zahl der Todesfälle von Kindern während des Spielens liegt nach Ansicht Graßls vor allem daran, daß es zu wenige Kinderspielplätze gibt, und die öffentlichen Spielplätze meist zu weit vom Elternhaus entfernt liegen. Die „Kinder-Spielplatz-Aktion", die von dem Psychologen vor einiger Zeit in München gegründet worden ist, habe darum gefordert und auch zum Teil durch die Musterbauordnung erreicht, daß bei jedem Neubau mit mehr als drei Wohnungen ein Kinderspielplatz angelegt werden muß.

Auch müsse, sagte Graßl, bei Altbauten dann ein Kinderspielplatz gebaut werden, wenn keine entsprechende Anlage vorhanden sei. Wenn ein Kinderspielplatz in unmittelbarer Nähe des Elternhauses liege

9 Millionen Wohnungen seit 1949 gebaut

Vor Verbesserungen im Lastenausgleich